

**Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.** - Zentraler Arbeitskreis Frieden
Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Nr. 128



**Zehn Thesen zum Koalitionsvertrag zur Außen-
und Sicherheitspolitik** (Junge Welt vom 27.11.2013)

von

Sevim Dagdelen, MdB

**Stellungnahme des Bundesausschuss Friedens-
ratschlag - zum Drohnen-Abschnitt in der Koali-
tionsvereinbarung** (19. November 2013)

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Lühr Henken, Peter Strutynski

Sevim Dagdelen, Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion Die Linke, bewertet die Vereinbarungen im Bereich »Internationale Politik«.

1. Weltordnungsmacht

Unmissverständlich wird im Koalitionsvertrag für Deutschland der Anspruch erhoben, Weltordnungsmacht zu werden. Dabei werden insbesondere die »Bündnistreue« innerhalb der NATO und die Bedeutung der »transatlantischen Partnerschaft« betont. Es ist der erste Koalitionsvertrag, der auf jedem Gebiet der internationalen Politik - von der Außen- bis zur Außenwirtschaftspolitik - den Anspruch, globale Hegemonialmacht zu werden, derart offen formuliert. Dabei sollen von diplomatischen bis hin zu militärischen Mitteln alle Instrumente zum Einsatz kommen, die dem Ziel einer Stärkung der machtpolitischen Position dienlich sein könnten. Beim anvisierten Aufstieg zur Weltmacht wird die transatlantische Zusammenarbeit als von »grundlegender Bedeutung« angesehen. Auch deshalb setzt die kommende große Koalition von CDU, CSU und SPD ganz stark auf eine Intensivierung der Beziehungen zu den USA, im militärischen Bereich innerhalb der NATO, wie auch im ökonomischen Bereich durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens EU-USA.

2. Afghanistan

Die zehnjährige deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan wird positiv gewertet. Während erneut betont wird, dass die Kampftruppen 2014 abgezogen werden sollen, wird zugleich unmissverständlich klargestellt, dass die Koalition »zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen der Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind«, steht. Das heißt nichts anderes, als dass CDU/CSU und SPD bereit sind, auch nach 2014 den Krieg in Afghanistan an der Seite der USA unter Beteiligung der Bundeswehr fortzuführen. Der angebliche Abzug der Bundeswehr bis Ende 2014 erweist sich als schlichter Betrug der Öffentlichkeit.

3. Zivil-militärische Zusammenarbeit

Kernstück der künftigen Außen- und Sicherheitspolitik ist die »ressortübergreifende Zusammenarbeit«, wie auch der Ausbau der zivil-militärischen Kooperation, bei der sich »zivile und militärische Instrumente ergänzen«. In diesem Sinne geht es auch um eine stärkere Verzahnung der »bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung«. Gerade auch die deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen soll durch eine Verbesserung der »rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten« gefördert werden. Hierzu sind auch Vereinbarungen mit den Bundesländern geplant. Dieser Ansatz der vernetzten Sicherheit setzt dann auf die Zusammenarbeit von »Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Entwicklungs- und Aufbauhelfern« bei künftigen Auslandseinsätzen.

4. Militarismus

Spiegel der imperialen Weltmachtorientierung nach außen ist Militarismus nach innen. Die Rede ist von einer »Attraktivitätsoffensive«, um mehr Rekruten für die Bundeswehr zu gewinnen. Um eine stärkere Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft zu erzielen, wird auf »feierliche Gelöbnisse« im öffentlichen Raum gesetzt, wie auch auf den verstärkten Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Reservisten sollen entsprechend aktiviert werden. Die große Koalition »erkennt den Wert der Reserve für die Auftragserfüllung der Bundeswehr und als Bindeglied und Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft an«, heißt es entsprechend im gemeinsamen Papier. Der Zugang der Bundeswehr zu »Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren« soll zu einer Selbstverständlichkeit werden. Ziel ist es, auf eine höhere Akzeptanz für Auslandseinsätze der Bundeswehr und deutsche Kriegsbeteiligungen in der Gesellschaft hinzuarbeiten.

5. Außenwirtschaftspolitik

Offen werden imperialistische Zielsetzungen angesprochen. Im Zentrum steht das Modell eines aggressiven Wettbewerbsstaats, der die Interessen einzelner Kapitalgruppen und Unternehmen welt-

weit befördert. So wird denn auch die »überragende Bedeutung der Außenwirtschaft für die deutsche Volkswirtschaft« hingewiesen. Um dies weiter zu befördern, sollen weltweit Freihandelsabkommen wie mit den USA abgeschlossen werden. Neben dem Abbau von »Handelshemmnissen« wird auf eine Politik der Rohstoffsicherung gesetzt. Dazu gehört auch, dass die »Deutsche Rohstoffagentur« beauftragt werden soll, »ein Monitoring kritischer Rohstoffe durchzuführen und regelmäßig über die Verfügbarkeit der für die deutsche Wirtschaft kritischen Rohstoffe zu berichten«. Deutsche Außenpolitik soll in Zukunft in den Dienst einer expansiven Außenwirtschaftspolitik genommen werden. Auch hierbei wird die Wahl möglicher Durchsetzungsmittel bewusst offen gelassen bzw. werden militärische Mittel nicht ausgeschlossen.

6. Rüstungspolitik

Die Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie ist erklärtes Ziel der großen Koalition. Dazu wird postuliert, dass Deutschland »ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie« hat. Rüstungsexporte sollen wie bisher auch zur geopolitischen Einflussnahme genutzt werden. Auch hierbei wird auf eine stärkere europäische und transatlantische Kooperation gesetzt. Eine Schlüsselrolle wird dabei der Europäischen Rüstungsagentur zugewiesen. Mit der großen Koalition steht eine noch expansivere Rüstungsexportpolitik bevor.

7. NATO

Die große Koalition setzt auf eine Stärkung der Rolle Deutschlands, gerade auch, was die militärischen Strukturen angeht. So wollen CDU/CSU und SPD die NATO-Kooperation auf der »Smart Defence«-Initiative entsprechend fördern. Für die Zukunft geht es darum, »militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereit zu stellen und die Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten«. Deshalb wird auch die Bereitschaft betont, »als Rahmennation dazu beizutragen, zusammen mit anderen NATO-Partnern Fähigkeiten für das Bündnis zu erbringen«. Dies bedeutet nichts anderes, als dass eine militärische Führerschaft in der NATO mit angestrebt wird. Hierzu sollen Synergieeffekte genutzt werden und die sicherheitspolitische EU-NATO-Zusammenarbeit intensi-

viert werden. Selbst in punkto atomare Aufrüstung setzen SPD und Union auf eine Aufrüstung und befürworten die Aufstellung eines NATO-Raketenschildes. Trotz manch salbungsvoller Worte scheint Russland als der künftige Gegner einer aggressiven Geopolitik der kommenden deutschen Bundesregierung auf.

8. Syrien

Im Syrien-Konflikt ist man auf die politische Linie der USA eingeschwenkt. Nunmehr wird betont, dass Deutschland sich gemeinsam mit seinen Partnern aktiv an der Suche nach einer politischen Lösung beteiligen wird. Obwohl man den »Druck auf das Regime in Damaskus« aufrecht erhalten will, ist von der Forderung nach einem Rücktritt der Regierung von Präsident Baschar Al-Assad als Vorbedingung für Verhandlungen keine Rede mehr. Mit Krokodilstränen wird dagegen der wachsende Einfluss »islamistischer Kräfte« in Syrien beklagt, die die Bundesregierung u. a. auch über eine parteiische Vergabe humanitärer Hilfe in den letzten Jahren weidlich gefördert hatte. Ein kritischer Blick auf die deutsche Unterstützung islamistischer Kräfte im Nahen und Mittleren Osten, mit dem Ziel, den arabischen Frühling zu ersticken, findet sich denn auch nicht im gemeinsamem Papier und war auch nicht zu erwarten.

9. Golf-Kooperationsrat

Gerade auch die außen- und sicherheitspolitische Kooperation mit Diktaturen und autoritären Regimen wird von der großen Koalition befürwortet. So setzt man auf einen Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Golf-Kooperationsrat, in dem sich die Diktaturen der Region um Saudi-Arabien zusammengeschlossen haben. In diesem Sinne will man die Verständigung mit Regimen wie in Bahrain, die jede Opposition gewaltsam unterdrücken, aber als Partner von NATO-Staaten in der Region eine hohe geopolitische Bedeutung haben. Vor diesem Hintergrund muss darauf hingewiesen werden, dass Menschenrechte eine rein instrumentelle Bedeutung für die Legitimation »humanitärer Interventionen« haben.

10. NSA-Affäre

Eine Neuordnung der Beziehungen zu den USA als Konsequenz aus der NSA-Affäre ist nicht vorgesehen. Geradezu hilflos wird formuliert: »Wir drängen auf weitere Aufklärung, wie und in wel-

chem Umfang ausländische Nachrichtendienste die Bürgerinnen und Bürger und die deutsche Regierung ausspähen.« Beabsichtigt ist der Abschluss eines Abkommens zum Schutz vor Spionage, um »Vertrauen wiederherzustellen« und »die Bürgerinnen und Bürger, die Regierung und die Wirtschaft vor schrankenloser (!) Ausspähung« zu schützen. Ansonsten werden die US-Militärstützpunkte, die neben völkerrechtswidrigen Kriegen und CIA-Folterflügen auch für NSA-Aktionen dienen, nicht einmal erwähnt. Die große Koalition ist nicht bereit Grundgesetz, Grundrechte und demokratische Souveränität wirklich zu schützen.

Stellungnahme des Bundesausschuss Friedensratschlag - zum Drohnen-Abschnitt in der Koalitionsvereinbarung

Kein Kompromiss, sondern Beschiss

Koalitionsvereinbarung bestätigt bisherige Drohnen-Politik

- *Beruhigungspillen sollen die Genoss/innen täuschen und ablenken*
- *Drohneneinsatz im Inneren (Polizei etc.) nicht einmal erwähnt*

Schon im Wahlkampf äußerten sich die künftigen Koalitionäre in Sachen Kampfdrohnen betont zurückhaltend. Die CDU/CSU musste wegen des bekannt gewordenen Euro-Hawk-Beschaffungsskandals zurückrudern und die endgültige Entscheidung über den Kauf von bewaffneten Drohnen auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschieben. Zu viel, so verlautete aus dem Verteidigungsministerium, müsse noch geprüft werden. Die SPD gab sich, weil sie endlich einen Punkt gefunden hatte, an dem sie die dilettantische Sicherheitspolitik der amtierenden Regierung kritisieren konnte, im Ton etwas forscher, in der Sache allerdings übte sie sich in gewohnter Einigkeit.

Dies waren die Positionen, in denen Konsens zwischen den damaligen Wahlkampfgegnern und heutigen Koalitionspartnern herrschte:

- Unbemannte Luftfahrzeuge etwa zur Aufklärung, Beobachtung und Spionage würden in der Sicherheitspolitik weiter eine große Rolle spielen. Deren Einsatz, z.B. in Afghanistan oder anderen sensiblen Regionen, diene dem Schutz der eigenen Soldaten und werde nicht in Frage gestellt.

- Perspektivisch soll es eine europäische Entwicklung solcher Drohnen geben; auch würde die Zulassung für den europäischen Luftraum sichergestellt werden. Eine Absage an die Entwicklung, Erforschung und Erprobung von Kampfdrohnen, sei es auf europäischer oder nationaler Ebene, findet sich in der Vereinbarung nicht.
- CDU/CSU und SPD schlossen bereits im Wahlkampf „extralegale Tötungen“ mittels Kampfdrohnen kategorisch aus. Dies wurde nun noch einmal bekräftigt. Offen bleibt allerdings die Frage, wann gezielte Tötungen legal, und wann sie „extralegal“ sind. Entscheidend jedoch ist, dass Planungen, Kampfdrohnen der Bundeswehr als Gefechtsfeldwaffen einzusetzen, in den Koalitionsvereinbarungen keine Absage erteilt wird.
- Die Beschaffung von Kampf- oder Killerdrohnen werde erst nach eingehender völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Prüfung erfolgen.

Soweit also nichts Neues: Beobachtungs-, Spionage- und Zielerfassungsdrohnen werden weiter entwickelt und angeschafft; die Entscheidung über Kampfdrohnen fällt der neu gewählte Bundestag nach eingehender Prüfung.

Das wenige Neue, das offenbar über die SPD in den Koalitionsvertrag hineingeraten ist, bezieht sich auf

- die Einbeziehung von Drohnen in laufende oder künftige Rüstungskontrollregime und
- das Versprechen, sich für ein weltweites Verbot von vollautomatisierten Waffensystemen einzusetzen.

Beide Versprechen sind indes nicht mehr als wohlfeile Lippenbekenntnisse bzw. Täuschungsmanöver unterschiedlicher Tragweite:

- **Die Einbeziehung von bewaffneten Drohnen** in das einzige hierfür in Frage kommende Rüstungskontrollregime, den – derzeit allerdings ausgesetzten – KSE-Vertrag, fällt in die Kategorie Täuschungsmanöver. Denn sie bedeutet ja keineswegs den Verzicht auf solche Waffen sondern nur deren vertragliche Begrenzung auf einem bestimmten Niveau. Im KSE-Vertrag liegt die Obergrenze für Kampfflugzeuge (unter diese Waffengattung würden bewaffnete Drohnen fallen) der Bundeswehr bei 750; ihr derzeitiger Bestand von 308 Kampfflugzeugen lässt also viel

Spielraum nach oben. Nicht Rüstungsbegrenzung, sondern Aufrüstung wäre die Folge.

- **Die völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme** erscheint zunächst als ein sinnvolles Ziel, das sich die deutsche Außenpolitik setzt, erweis sich bei näherem Hinsehen aber als ein Ablenkungsmanöver. Denn mit dem Einsatz von Kampfdrohnen, die von Menschen ferngesteuert werden, entsteht eine Eigendynamik zur Entwicklung von vollautomatisierten Drohnensystemen, die nicht mehr von Menschen ferngesteuert sind. Entscheidungen über Leben und Tod würden dann auf den Algorithmus eines Computers übertragen, der die Tötung unabhängig von jeglicher menschlichen Bewertung und Verantwortung vornimmt. Deshalb ist es dringend notwendig, Kampfdrohnen generell – auch jene mit menschlichen Piloten – völkerrechtlich zu ächten.

Wir stellen fest: Die Koalitionsvereinbarung über die Kampfdrohnen ist nicht etwa ein Kompromiss, sondern schlicht und ergreifend Beschiss.

Die Koalitionsvereinbarung zu den Drohnen lässt darüber hinaus einen wesentlichen Bereich völlig außer Acht: Die heute schon vielfach Verwendung findenden Beobachtungs- und Spionagedrohnen im Landesinneren zur Kontrolle und Bespitzelung von Demonstrationen oder anderen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten werden nicht erwähnt. Es bleibt also beim weiteren Ausbau des Überwachungsstaates.

Die Position der Friedensbewegung und einer – wie Umfragen wiederholt gezeigt haben – großen Mehrheit der Bevölkerung, findet in der Drohnenvereinbarung der großen Koalition keinerlei Berücksichtigung. Ein klares NEIN zur Überwachung der Bevölkerung per Spionagedrohnen und ein ebenso klares NEIN zur Beschaffung und zum Einsatz von Kampfdrohnen bleibt weiter auf der Tagesordnung. Von dieser Koalition ist diesbezüglich nichts zu erwarten. Die Friedensbewegung wird mit ihrem Drohnen-Appell und mit Aktionen weiter den außerparlamentarischen Druck organisieren.